übersicht

Akademische Jungnazis im Vormarsch

Tübingen (ND) 16 Tübinger hat sich eine Neuordnungsdemokratische Hochschulgruppe konstituiert, die sich im Januar mit einer Kundgebung in einem Raum außerhalb der Universität mittels der Öffentlichkeit vorstellen will.

Hochschulgruppen der NPD sind relativ neu – wenn es den Tübinger akademischen Jungnazis auch nicht gelang „die ersten zu sein", wie NPD-Student Schmidt, Mitgründer und Vorstandsmitglied, in der „Stuttgarter Zeitung" bedauernd erklärte. Und mit wohlbegründetem Optimismus verkündet Schmidt, daß sich seine Gruppe um die offizielle Zulassung an der Universität bemühen wird:

Schmidt sagte, seine Gruppe werde sich wie andere politische Hochschulgruppen beim Akademischen Referenten anmelden und erwarte von dort die Zulassung. Im Akademischen Rektoramt weiß man nichts davon, daß bisher keine Anmeldung zur Zulassung gestellt worden ist. Auf jeden Fall müsse der Antrag sorgfältig geprüft werden. Erst vor wenigen Wochen hatten Tübinger Professoren und Studenten gegen das Auftreten rechtsradikaler Gruppen in der Bundesrepublik öffentlich demonstriert.

Es drängt ja nicht; was heute nicht ist, wird morgen sein. Schmidt und seine Parteifreunde sind zuversichtlich. Man hat da so seine Erfahrungen und Verbündeten. Kanzler Kiesinger z. B. hat schon vor nunmehr 11 Jahren als erster Mann im Bundesstaate Baden-Württemberg bewiesen, daß sein Herz für junge nationalistische Gesinnung bei der studierenden Jugend schlägt. Justament in Baden-Württemberg feierte nämlich die organisierte und legale faschistische Bewegung der westdeutschen und Westberliner Studenten mit dem „Bund Nationaler Studenten" bereits 1956 gefährliche Auferstehung.

Dank wohlwollender Förderung durch Leute wie Strauß, Wehner, Prof. Cysarz, Prof. v. d. Heydte, dank wohlwollender Förderung durch den Bonner Staat selbst (z. B. bewies er mit mehreren ganzseitigen Anzeigen der Deutschen Bundespost im „Deutschen Studenten-Anzeiger, daß er bei der Finanzierung eines offen faschistischen Studentenblattes nicht hinter der NPD, hinter Springer, hinter der „Nation Europa" zurückstehen will) – dank dieser wohlwollenden und umfassenden Förderung also wachsen und gedeihen neofaschistische und neonazistische Organisationen bis auf den heutigen Tag. Und – wie der Optimismus der neugegründeten NPD-Hochschulgruppen demonstriert – ist ihnen auch für die Zukunft im Bonner Staate nicht bange. Kiesinger hat es inzwischen zum obersten Schirmherr nazistischer Gesinnung in der Bundesrepublik gebracht, und was den ideologischen Nachschub unter Westdeutschlands und Westberlins Studentenschaft betrifft, dürfte er wohl zur Genüge vorhanden sein. Die organisatorische, politische und propagandistische Formierung neofaschistischer, neonazistischer Gesinnung unter der westdeutschen und Westberliner Studentenschaft hat bereits erschreckende Ausmaße angenommen. Dazu zählen der „Freiheitliche Deutsche Studentenbund", die Hochschulgruppen des „Bundes Nationaler Europäer", die in der NPD organisierten Studenten . . . .

Tatsächlich geht es jedoch – will man die gegenwärtige Situation an den Hochschulen Westdeutschlands und Westberlins charakterisieren – nicht allein um die Zahl der organisierten Jungfaschisten. Ihre geistigen, organisatorischen, bis zur Abstimmung über Aktionen und Ziele mit anderen studentischen Formierungen reichenden Verbindungen verwässern die Grenzen der praktischen Formierung. Wohlangelegtes Sammelbecken chauvinistischer, antikommunistischer, revanchistischer Gesinnung sind die Korporationen. Was sich in ihnen zusammenfindet, bildet eine fette Nährlösung für die Nazipartei und ihre studierenden Anhängergruppen.

Bereits 1963 stellte die „Deutsche Volkszeitung" fest, daß überwiegend Korporationsstudenten Leser des „Deutschen Studenten-Anzeigers" sind. (Der „Deutsche Studenten-Anzeiger" erscheint im National-Verlag neben anderen naziistischen Zeitungen und Zeitschriften und ist quasi als „Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung" für die akademische Jugend zu bezeichnen). Eine Umfrage unter Studenten der Mainzer Universität ergab, daß der Anteil der NPD-Wähler unter den korporierten Studenten 1966 dreimal höher lag, als unter den nicht in Korporationen gebundenen Studenten. Ein ganzes Netz nationalistischer und faschistischer Geistesbildung überzieht die Universitäten Westdeutschlands und Westberlins. Zehntausende Studenten, die in diesem Netz verflochten sind, werden in wenigen Jahren die führenden Männer in Staat und Wirtschaft sein.

Ihnen gegenüber stehen demokratische und liberal gesinnte Studentengruppen, die allerdings allzu oft unter Berufung auf „demokratische Spielregeln" auf einen energischen und zielgerichteten Kampf gegen die naziistischen Kräfte an den Universitäten verzichten, die sich allzuoft auch von der sozialdemokratischen Führung im Stich gelassen oder gar hintergangen sahen. Nebenbei:

Zum erstenmal in der Geschichte der SPD hat das Präsidium der Partei am Mittwoch einer Tagung von Studenten schlagender Verbindungen (Coburger Convent und Deutsche Sängerschaft) Grüße übermittelt. Bundestagsabgeordneter Jahn zur Begründung: Auf beiden Seiten sind dogmatische Starrheiten gewichen.

Eine geschlossene, wirksame Front gegen Neofaschismus und Neonazismus gibt es gegenwärtig nicht an den Hochschulen Westdeutschlands und Westberlins. Diese Front besteht in der Bundesrepublik mit dem Bündnis aller demokratisch gesinnter Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Angestellten und der Intelligenz.

L.

übersicht

entgegnungen

Die Hunde bellen, aber Jaspers hat recht

Springers „Welt", das Düsseldorfer „Handelsblatt" und ar westdeutsche Gazetten hatten Auftrag, Professor Karl Jas wegen seiner bedingungslosen Ablehnung der Bunkerkoalit erneut von ihm begründet in der ersten Panoramasendung westdeutschen Fernsehens 1967, zu attackieren.

„Die Welt" behauptet, Jaspers habe den Zuschauer „vor lich" die Bonner Koalition „verleidet". Aus der Formulie sprüht zwar ungebändigter Haß, aber inhaltlich ist diese F stellung sogar noch richtig. Jaspers warnt tatsächlich die w deutsche Bevölkerung vor den Folgen dieser Bunkerkoalitio

> Ein Weg über den autoritären Staat zur Diktatur führt eine All-Parteien-Regierung und auch schon über die „ Koalition". Sie würden die Macht der Parteienoligarchie ab machen.
>
> Aber dieser Staat selber hat in sich die Tendenzen, die ih einem autoritären Gebilde machen, in dem zwar kein Mi herrscht und auch nicht mehr begehrt wird, aber derart, dieser Staat sich in sich wandelt zu einem Obrigkeitsstaat mit U tanengesinnung, weitgehend ähnlich der Wilhelminischen
>
> Dieselbe Gefahr, die in der Weimarer Republik von den diesen Staat gerichteten Mächten kam, um ihn durch Umg zu verwandeln, liegt jetzt im Staate selber. Er ist nicht Gegenbewegungen gegen ihn bedroht. Nicht gegen ihn, so mit ihm und durch ihn selbst wird er verwandelt, wird dasselbe gesucht wie damals: Obrigkeit, autoritärer Staat, tatur.
>
> Was auf dem Wege zur Diktatur geschieht, aber noch ve dert werden kann, das würde durch die Notstandsgesetze mit dem Instrument dieser Gesetze eines Tages vollendet wer Wie Hitler zur Erkenntnis kam, in Deutschland könne er nic dem Wege der Legalität zur Macht gelangen, mit der er, nach sie gewonnen war, alle Legalität aufhob, so würde die Dik mit Hilfe der Notstandsgesetze dasselbe tun.

Wer aber angesichts dieser Worte, die im Mai des Vorja bereits veröffentlicht wurden („Wohin treibt die Bundesre blik?"), zu behaupten wagt, die Äußerungen Jaspers seien Ausdruck starrer Denkmodelle, die mit der Wirklichkeit zu tun haben" („Handelsblatt"), der disqualifiziert seine eig Denkübungen über diese Wirklichkeit.

Was starr ist seit weiland Adenauers Debüt auf der Bo Bühne, ist die Politik der herrschenden Monopolkreise; was der Wirklichkeit weniger als wenig, nämlich gar nichts, im S hat und sich deshalb – wie im Fall Jaspers – immer wiede den harten Kanten der Realität den Kopf einrennt, das sind Doktrinen und Illusionen 17jähriger CDU-Politik.

Der Haltet-den-Dieb-Trick wird vollends wirkungslos, w man weiß, daß es eben Karl Jaspers war, der das der Regie schon im Mai 1966 ins Gesicht sagte.

> Nach außen ist diese Regierung reduziert auf eine Politik realistisch leeren Rechtsforderungen. Der Machtwille sucht irgendeine illusionäre Weise Befriedigung. Diese Politik hat gehaltvollen Prinzipien. Sie werden ersetzt durch dogmati Erklärungen, wie die Hallsteindoktrin, die nicht Politik, dern Hemmung der Politik sind.

Die Reaktion der Westpresse erinnert peinlich an die gef fener Hunde!

zitate

Westberlins Bürgermeister Albertz beschimpfte die Studenten der „Freien Universität", sie würden die Spielregeln der Demokratie mit dem Boxreglement verwechseln. Wir halten es schon lange für ein Zeichen von Weitsicht und aus Erfahrung geborener politischer Klugheit, daß sich Dahlems Studenten nicht auf die Mätzchen jener „Demokratie" beschränkten, die von den Herrschenden für die Herrschenden kreiert wurde und deshalb letztlich immer ihnen ihre eigenen Absichten durchsetzen hilft.

Springers „Welt" ist so freundlich, diese unsere Ansicht gleich zweimal zu bestätigen. In bezug auf berechtigte Forderungen der Studenten der Pädagogischen Hochschule Westberlin schreibt „Welt":

> Ihren ersten Impuls, nach einem selbst angefertigten Muster den Anfang zu geben, haben die PH-Studenten vermißt — und prompt klug — umgesetzt.

Und das Ergebnis

Die Braven keiner Antwort gewürdigt

gibt den weniger „braven" Dahlemer Studenten vollauf recht. – Das gleiche in Hamburg:

> Jahrelang bemühen sich ihre ASTA-Vertreter mit Anträgen im Akademischen Senat um Sitz und Stimme auch in den Fakultäten, in denen die wichtigsten Beschlüsse der Universität erfaßt werden.

Und das Ergebnis

Noch immer weder Sitz noch Stimme

beweist, daß Dahlems Studenten gut beraten waren, als sie sich nicht auf Anträge beschränken ließen.

kommentare

Fälscher oder: Das Elend der Kommentatoren

Westdeutsche Kommentatoren bescheinigten sich zum Jahreswechsel gegenseitig, daß es immer schwieriger werde, politische Ereignisse zu kommentieren. Mich wundert das kaum, denn wo man die **Wahrheit nicht sagen darf, weil sie der Standpunkt** der Gegenseite ist, wo die eigenen Thesen immer unglaubhafter, immer weniger attraktiv werden, ist tatsächlich guter Rat teuer. Nur möchte ich die Feststellung nicht auf die politischen Redakteure beschränkt wissen – denen, die sich z. B. mit dem Hochschulwesen beschäftigen, geht es keinen Deut besser.

Es ist eine objektive Tendenz der Wissenschaft, sich mehr und mehr zur unmittelbaren Produktivkraft zu entwickeln. Das gilt bei ihnen wie bei uns. Der sozialistische Staat fördert bewußt diese Tendenz, indem er eine enge Verbindung zur Praxis ermöglicht, indem er auf gesellschaftliche Schwerpunkte orientiert, darunter selbstverständlich für einschlägige Fachrichtungen volkswirtschaftliche Schwerpunkte. Seine Interessen befinden sich damit – und darauf kommt es an – in Übereinstimmung mit denen der Wissenschaft wie denen des ganzen Volkes.

In Westdeutschland tun die Monopole und ihr Staat dasselbe, versuchen es jedenfalls. Die Industrie verschafft sich ein möglichst großes wissenschaftliches Potential zur eigenen Verfügung, bemüht sich, über den staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus auch noch das Forschungspotential der Universitäten für „Großprojekte" in ihrem Interesse einzusetzen, im Interesse der Minderheit der Monopolisten und ihrer Helfershelfer. Die Ergebnisse sind dementsprechend grundverschieden von unseren und derzeit auch bescheidener als bei uns. Einmal weil sich zahlreiche Wissenschaftler zu Recht gegen die Vergewaltigung öffentlicher Interessen durch die Monopole wehren; zum anderen, weil die inneren Widersprüche des imperialistischen Systems optimale Lösungen ausschließen.

Und hier beginnt das Elend der Kommentatoren: Da sich, was gut ist, auch ohne die Herren der Westpresse rumspricht, kann man unsere Erfolge nicht totschweigen. Geben darf es die Erfolge aber auch nicht. Also – versucht man zu diskriminieren – Unter anderem so: „. . von einem Denken erfaßt, das kaum anders denn als ‚ökonomistisch' bezeichnet werden kann." Da den Beweis dafür anzutreten schwierig ist, kann man sich nur so retten: „Die Themen, vor allem von Dissertationen und Habilitationen wollen unter dem Blickwinkel eines kontrollierbaren wirtschaftlichen Nutzens ausgewählt werden." Mit einer glatten Fälschung also!

Völlig verdammenswert erscheint den Fälschern, daß an der TU Dresden Habilaspiranten an „Industriebetriebe, in denen sie bereits tätig sind, vertraglich gebunden worden" sind. „. . hat der Kandidat seine Arbeit . . . nicht nur dem Betrieb zur Auswertung zu überlassen, sondern auch unter den speziellen Aspekten der jeweiligen betrieblichen Forschungsprogramme auszuwählen." Wie schrecklich!

Ich war einen Moment geneigt, den Herren mildernde Umstände zuzubilligen. Etwa so: Sie gleichen dem Geiste, den sie begreifen, nicht uns. Doch dann kam mir ein acht Tage später datiertes Exemplar des gleichen Düsseldorfer „Handelsblattes" unter die Augen. Und ich las – angepriesen als Vorbild für Westdeutschland –: „Die Wissenschaftler erstreben außerdem. . . eine engere Bindung zur Industrie. Auf Grund eines geeigneten Forschungsprogramms sollen zwischen den Industriellen und der Universitätsleitung Forschungsverträge abgeschlossen werden, die das industrielle Eigentumsrecht respektieren."

Dieser Bericht stammt aus Frankreich. Und dafür, daß man binnen acht Tagen dort gutheißt, was man hier verketzert, gibt es keine Entschuldigung außer der einen: Es wird immer schwieriger, auf dem wackligen Fundament des Bonner Antikommunismus einen Kommentar aufzubauen, der dem frischen Wind der Realität wenigstens ein Weilchen standhält.

Rolf Möbius

Höfliche Frage

Versetzen Sie sich bitte in die Lage einer Hausfrau, die jede Woche emsig ihre Treppe im 2. oder 3. Stock scheuert oder flimmert und der genauso prompt der Schmutz aus der 1 Etage raufgetragen wird, weil dort keiner saubermacht! – Die Reaktion ist verständlich.

Da nun aber die Raum- und Treppen-Putzerinnen in der 2. und 3 Etage der Ritterstr. 16/22 doch sicher auch Hausfrauen sind, begreife ich nicht, daß in diesem Haus kein Weg dahinführt, daß sie ab und zu die Treppe zur 1. Etage mit vornehmen, wo es derzeit keine Reinigungskraft gibt.

Hängt das damit zusammen, daß es sich hier nicht wie zu Hause um „ihre" Treppe handelt? Oder hat einfach noch keiner die Idee (und den Mut) gehabt, sie darum zu bitten?

n.

K. A. Paffen DEUTSCH-RUSSISCHES SATZLEXIKON (3 Bände)

Über 10 000 Stichwörter mit 43 000 Sätzen
Format: 14,7×21,5 cm. Lederin je Band 24.– MDN

Band 1: X, 464 Seiten
Band 2: 468 Seiten
Band 3: 537 Seiten

Der Bezug des ersten Bandes verpflichtet den Kunden zur Abnahme der weiteren Bände.

Mit dem deutsch-russischen Satzlexikon wird dem Benutzer ein wichtiges Hilfsmittel für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch der russischen Sprache in die Hand gegeben. Unter den etwa 10 000 alphabetisch aufgeführten deutschen Stichwörtern findet er Sätze, wie man sie in Unterhaltung und Briefwechsel benötigt, um einen Gedanken, einen Begriff oder eine Vorstellung in einer naheliegenden Form auszudrücken. Im allgemeinen halten sich die Beispiele im Rahmen der literarischen Sprache; Satzmuster, die der umgangssprachlichen, familiären oder volkssprachlichen Stilschicht angehören, sind besonders gekennzeichnet.

Diese Veröffentlichung kann über jede Buchhandlung bezogen werden.

VEB VERLAG ENZYKLOPÄDIE LEIPZIG